

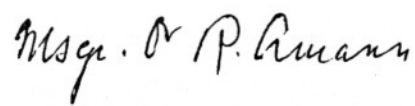
Gemeinsam leben – gemeinsam entscheiden

Weit über die Hälfte der 4,3 Millionen Ausländer lebt schon seit mehr als 10 Jahren in der Bundesrepublik. Viele haben hier ihren Lebensmittelpunkt. Dies gilt besonders für die in der Bundesrepublik geborenen und aufgewachsenen Kinder und Jugendlichen. Gemeinsam leben – dies ist eine Realität geworden. Eine noch offene Frage ist, wie dieses gemeinsame Leben gestaltet wird. Genauer gesagt: Kann es sich eine demokratische Gesellschaft leisten, einen großen Teil ihrer Mitglieder weiterhin von der gesellschaftlichen Teilhabe weitgehend auszuschließen? Das Schlüsselwort einer gemeinsamen Zukunft heißt daher Partizipation. Partizipation bedeutet: Teilnahme, Teilhabe, freie und aktive Mitbeteiligung, Mitbestimmung und Mitverantwortung. Das Motto der Woche der ausländischen Mitbürger 1986 „Gemeinsam leben – gemeinsam entscheiden“ erfordert ein neues Bewußtsein, tägliche Anstrengungen in allen Lebensbereichen, damit es nicht eine leere Worthülle bleibt.

In diesem Materialheft sind ermutigende Beispiele und Aktionen, überwiegend aus der Woche der ausländischen Mitbürger 1985, zusammengestellt. Hunderttausende haben sich an der letzten Ausländerwoche beteiligt. In zahlreichen Veranstaltungen haben sich Kirchengemeinden, Pfarreien, gewerkschaftliche Gruppen, deutsch-ausländische Initiativgruppen, Kindergärten, Jugendzentren, Schulklassen und Sportvereine für ein besseres Zusammenleben eingesetzt. Immer mehr Menschen in unserem Land solidarisieren sich mit Ausländern, die von Ausweisung und aufenthaltsbeendenden Maßnahmen bedroht sind. Insbesondere die Regelungen zur Einschränkung des Familiennachzugs, die von den Kirchen seit Jahren abgelehnt werden, stoßen in unserem Land zunehmend auf Unverständnis und Kritik.

Zugleich ist nicht zu verkennen, daß bei Teilen der deutschen Bevölkerung ablehnende und ausländerfeindliche Einstellungen gegenüber Ausländern und Flüchtlingen zu finden sind. Wenn Menschen, nur weil sie Türken sind oder aus afrikanischen oder asiatischen Ländern kommen und eine dunklere Hautfarbe haben, keine Wohnung erhalten, keinen Arbeitsplatz finden, ja sogar auf der Straße angepöbelt oder zusammengeschlagen werden, darf uns dies nicht in Ruhe lassen. Den verschiedenen Formen von Ausländerfeindlichkeit sollten wir engagiert entgegen-treten.

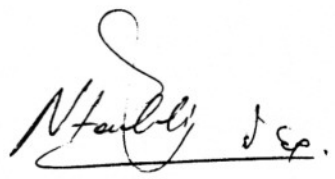
Es gibt Politiker, die sich mit polemischen Äußerungen gegen Asylsuchende hervortun. Dadurch wird die bei manchen Deutschen bestehende Ausländerfeindlichkeit noch verstärkt. Christen und verantwortungsbewußte, demokratische Bürger sollten sich von solchen Politikern distanzieren. Es ist an das Wort des Rats der EKD zu erinnern, der sich 1982 dafür eingesetzt hat, „daß die augenblickliche Gefühlslage gegenüber Ausländern bei den bevorstehenden Wahlen nicht zum Stimmenfang mißbraucht wird“. Die Woche der ausländischen Mitbürger 1986 kann ein deutliches Signal sein, daß ausländerfeindliche Äußerungen bei großen Teilen der Bevölkerung nicht auf Zustimmung stoßen.



Dr. Raimund Amann



Dr. Jürgen Micksch



Sokratis Ntallis